

Zeitablauf

Montag 29.04.2013 Gemeinderat	Der Gemeinderat fasst mehrheitlich den Beschluss, die Bürgermeisterwahl-Wahl 2013 breit (überregional) auszuschreiben. Herr Peter Schäfer vom Ordnungs- und Wahlamt teilt mit, (Zitat): <i>“ dass durch die Veröffentlichung in den vorgeschlagenen Zeitungen erhebliche Mehrkosten entstehen würden.“</i>
Dienstag 21.05.2013 Ordnungsamt	Herr Schäfer erstellt eine Tabelle über die Kosten der Zeitungsannoncen. Seit diesem Tag wissen Bürgermeister Dr. Meroth und die Verwaltung über die Kosten genauestens Bescheid. Danach passierte aber gar nichts und man ließ viele Wochen verstreichen. Der Gemeinderat erhielt diese Tabelle erst mit der Einladung zur Hauptausschusssitzung am 08.07.2013. Bekannt war sie einigen Gemeinderäten aber schon vorher.
Montag 17.06.2013 Hauptausschuss	Die Sitzung wurde mangels Themen (Bürgermeisterwahl-Wahl ?) einfach abgesagt. An diesem Termin hätte über die Kosten diskutiert werden können.
Montag 26.06.2013 Gemeinderat	Das Kostenthema war wieder nicht auf der Tagesordnung. Gemeinderat Josef Heckle trägt unter „Verschiedenes“ seine Bedenken hinsichtlich der hohen Kosten vor und beantragt (unter „Verschiedenes“ !!) den Beschluss vom 29.04.2013 zu widerrufen. Dies war rechtlich allerdings nicht möglich.
Mittwoch 26.06.2013 Badische Zeitung	In der BZ erscheint ein ausführlicher Artikel mit der Überschrift: „Misstrauensvotum oder Wahlhilfe ?“
Dienstag 02.07.2013 Rathaus	Die Tagesordnung vom Hauptausschuss am 08.07.2013 beinhaltet als TOP „BM-Wahl 2013“, wonach eine überplanmäßige Ausgabe beschlossen werden soll. Bürgermeister-Stellvertreterin Sabine Pfefferle leitet die Sitzung zu diesem TOP und bittet, um Rechtssicherheit zu erlangen, Hauptamtsleiter Zink, die Rechtslage prüfen zu lassen. Herr Zink schlägt hierzu die kommunale Rechtsaufsicht beim Landratsamt sowie den Städte- und Gemeindetag vor. Frau Pfefferle stimmt diesem zu.
Dienstag/Mittwoch 02./03.07.2013 Rathaus	Herr Zink richtet seine Anfrage an die Rechtsaufsicht beim LRA, gibt aber gleichzeitig das Rechtsgutachten bei der Kanzlei Bender-Harrer-Krevet in Freiburg in Auftrag. Dies wurde Frau Pfefferle aber nicht mitgeteilt.
Donnerstag 04.07.2013 Kanzlei	Das Gutachten wird dem Rathaus vorgelegt.
Freitag 05.07.2013 Rathaus	Der Gemeinderat wird um 10.37 Uhr per Mail über das Gutachten informiert. Hauptamtsleiter Herr Zink, der gleichzeitig auch stellvertretender Leiter des Wahlausschusses ist (Befangenheit?), schlägt aufgrund des Gutachtens die Absetzung des TOP vor, da ein Beschluss insoweit rechtswidrig wäre. Mit dieser Aussage überließ die Verwaltung dem Gemeinderat das weitere Vorgehen. Merkwürdig war nur, dass die Verwaltung im Beschlussvorschlag die Zustimmung zur überplanmäßigen Ausgabe vorsah.

<p>Montag 08.07.2013 Hauptausschuss</p>	<p>Der TOP wird nicht abgesetzt und nach entsprechender Diskussion auch beschlossen, d.h., die Ausgaben für die breite Ausschreibung wurden vom Hauptausschuss genehmigt. Am Ende der Sitzung teilte Herr Zink Frau Pfefferle mit, dass die Verwaltung für diesen Beschluss nicht haften würde. Da sie als Sitzungsleitung für diesen TOP ebenfalls Teil der Verwaltung wäre, würde sie insoweit auch nicht haften, antwortete daraufhin Frau Pfefferle. Dies wurde von HL Zink bestätigt.</p>
<p>Mittwoch 10.07.2013 LRA</p>	<p>Aufgrund der Aussage von Herrn Zink befragte Frau Pfefferle die Rechtsaufsicht beim Landratsamt (Herrn Baldinger).</p> <p>Dabei stellte sich im Nachhinein folgendes heraus:</p> <p>Während der Amtsleiter-Runde am Montagvormittag, den 08.07.2013, rief BM Dr. Meroth bei der Rechtsaufsicht an. Herr Baldinger teilte mit, dass die Rechtsaufsicht zu einem anderen Ergebnis gekommen war, als das anwaltliche Gutachten. Das schriftliche Ergebnis wird dem Rathaus noch am gleichen Tag zugeleitet. Diese Aussage wurde von allen Teilnehmern der Amtsleiter-Runde gehört, da BM Meroth nach Zustimmung durch Herrn Baldinger auf Lauthören gestellt hatte. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde Hauptamtsleiter Zink um 15.41 Uhr per Mail die schriftliche Auskunft der Rechtsaufsicht zugeleitet. Diese Stellungnahme der Rechtsaufsicht wurde dem GR jedoch in der Sitzung vorenthalten.</p> <p>Herr Baldinger erklärte Frau Pfefferle, dass sie Herrn Zink auffordern soll, die schriftliche Stellungnahme zu übersenden. Wenn er dies nicht tun sollte, würde er, Herr Baldinger, ihr die Mail zukommen lassen. Nach Aufforderung übersandte Herr Zink ihr die Stellungnahme, allerdings nur ihr und keinem anderen Gemeinderat.</p>
<p>Montag 22.07.2013 Gemeinderat</p>	<p>In einer konzertierten Aktion aller 4 Fraktionsvorsitzenden wird unter dem TOP „Verschiedenes“, der aufgrund eines Geschäftsordnungsantrags aus dem GR nach vorne gezogen wurde, zu der gesamten Angelegenheit im Zusammenhang mit der BM-Wahl 2013 und den dargelegten Vorgängen Stellung genommen. Aus dem Gemeinderat wird der Verwaltung (Hauptamtsleiter Zink) ein Fragenkatalog vorgelegt, der von der Verwaltung schriftlich beantwortet werden soll. Hinzu war auch gekommen, dass die Anzeigen in den Medien größer erschienen waren als vom GR beschlossen. Auch hierzu erfolgte eine Anfrage hinsichtlich evtl. Mehrkosten. Auch dies sollte schriftlich beantwortet werden.</p> <p>In der Gemeinderatssitzung-Sitzung vom 23.09.2013 soll die ganze Angelegenheit inkl. der schriftlichen Antwort der Verwaltung als TOP behandelt werden.</p>